

**Leitantrag des Parteivorstands an den 66. Parteitag
der CSU am 12./13. Oktober 2001 in Nürnberg**

Aktive Bürgergesellschaft

Damit wird Deutschland
menschlicher und leistungsfähiger

Positionspapier



näher am Menschen.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hans-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Vorwort

Die Bürgergesellschaft ist seit einiger Zeit Gegenstand zahlreicher Erörterungen und Initiativen. Während die meisten Vorschläge den Schwerpunkt auf das bürgerschaftliche Engagement legen, hat die Grundsatzkommission der CSU nach umfangreichen Beratungen ein Positionspapier erarbeitet, das darüber hinaus weist.

Bei der Ausgestaltung unseres Konzepts der "Aktiven Bürgergesellschaft" wollen wir die Hoffnungen und Befürchtungen der Menschen aufgreifen: Beispielsweise glaubt die Mehrheit der Bevölkerung, dass Reformen und eine gesteigerte Effizienz zwar notwendig sind, dies aber ebenso unausweichlich zu einer kälteren und unmenschlicheren Gesellschaft führen muss. Richtschnur für die Arbeit der Grundsatzkommission war es daher, diese Sorge der Menschen ernst zu nehmen und einen neuen Weg aufzuzeigen, um Deutschland bei aller notwendigen Veränderung menschlicher und leistungsfähiger zu machen.

Grundlage ist für uns als C-Partei das Menschenbild der christlich-abendländischen Wertetradition. Kernpunkte unseres gesellschaftspolitischen Programms, das eine ganzheitliche Antwort auf die Entwicklungen und Herausforderungen der heutigen Zeit geben will, sind: eine neue Kultur der Verantwortung, eine angemessene Verbindung von Eigenverantwortung und Solidarität der Bürger sowie eine konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips in allen Fragen von struktureller Bedeutung. Unser Konzept umfasst so alle Lebens- und Politikbereiche und ist in der Konsequenz mit tief greifenden Veränderungen unseres Zusammenlebens verbunden.

Damit uns der Weg zu mehr Menschlichkeit und Leistungsfähigkeit gelingt, brauchen wir eine neue Partnerschaft von Bürger und Politik. Und: Wir brauchen die Unterstützung aller Bürger ¹⁾.

Das vorliegende Positionspapier "Aktive Bürgergesellschaft" ist Ergebnis eines mehrmonatigen Dialogprozesses sowohl innerhalb der Partei als auch mit interessierten Gruppen und Einzelpersonen. In der Mitte dieser Broschüre finden sich eine Grafik und eine Kurzfassung des Konzepts von der Aktiven Bürgergesellschaft.



Alois Glück, MdL
Vorsitzender der Grundsatzkommission

1) Der Begriff „Bürger“ umfasst alle in Deutschland lebenden Menschen, gleichgültig ob Frauen oder Männer, deutsche Staatsbürger oder hier lebende Ausländer, in Vereinen und Verbänden Organisierte oder am gesellschaftlichen Prozess Interessierte ohne institutionelle Bindung.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hans-Siidel-Stiftung - Weiterentwicklung der Politik und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Inhaltsverzeichnis

- I. Zeit des Umbruchs - Bilanz und neue Aufgaben**
 - II. Anforderungen an ein zukunftsfähiges gesellschaftspolitisches Programm**
 - III. Die wichtigen Schlüsselbegriffe prägen**
 - IV. Unser Kompass ist das christliche Menschenbild**
 - V. Neue Kultur der Verantwortung**
 - Verantwortung übernehmen - für sich selbst
 - Verantwortung übernehmen - für die Mitmenschen und das Gemeinwesen
 - Verantwortung übernehmen - für die Zukunft
 - VI. Subsidiaritätsprinzip und Föderalismus als Zukunftsstrategie**
 - VII. Ein starker Staat ist weiter wichtig**
 - VIII. Aktive Bürgergesellschaft - Aktivierender Sozialstaat**
 - IX. Das Gemeinschaftsleben fördern**
 - X. Neue Partnerschaft von Bürgern und Politik**
 - XI. Die Rolle der Wirtschaft für Aktiven Bürgergesellschaft**
 - XII. Das Internet - Ein neues Instrument für die Aktive Bürgergesellschaft**
 - XIII. Orientierung für unser Handeln**
- Aktive Bürgergesellschaft im Überblick**

1 I. Zeit des Umbruchs - Bilanz und neue Aufgaben

3 Die Bundesrepublik Deutschland hat nach dem Zweiten Weltkrieg eine weltweit
4 beachtete, ja weithin bewunderte Entwicklung genommen. Das war das Ergebnis
5 sowohl geeigneter, durch politische Entscheidungen gesetzter Rahmenbedingungen
6 als auch der von den Menschen erbrachten Leistungen.

7 Die dafür wesentlichen Weichenstellungen der Politik sind mit der Regierungsver-
8 antwortung von CSU und CDU verbunden. Dies gilt für die Einführung und Durchset-
9 zung der Sozialen Marktwirtschaft und den Aufbau des Sozialstaates ebenso wie für
10 den Aufstieg der deutschen Wirtschaft in die Weltspitze. Die Entwicklung einer stabi-
11 len Demokratie, eines anerkannten Rechtsstaates und eines stabilen Gemeinwesens
12 sind die großen innenpolitischen Verdienste, die Verankerung Deutschlands in den
13 westlichen Wertegemeinschaften Europäische Union und NATO und der anerkannte
14 Rang unserer Nation in der Gemeinschaft der Völker sind die überragenden außenpo-
15 litischen Erfolge. Eine besondere Leistung der ganzen Nation und ihrer politischen
16 Entscheidungsträger war die Wiedervereinigung, die in besonderer Weise dem Mut
17 und dem Engagement der Bürger der ehemaligen DDR zu verdanken ist.

18
19 Die Bewältigung der verheerenden Folgen der kommunistischen Herrschaft in der
20 DDR durch die Bundesrepublik Deutschland ist eine außergewöhnliche historische
21 Leistung. Keine andere Nation war in den neunziger Jahren in vergleichbarem Maße
22 gefordert, galt es doch, zwei historische Wandlungsprozesse gleichzeitig zu gestal-
23 ten: Neben der Bewältigung des tief greifenden Strukturwandels in Technik und
24 Wirtschaft und der veränderten internationalen Rahmenbedingungen - eine Situati-
25 on, die alle Industriestaaten zu großen Anstrengungen herausfordert und teilweise
26 zu erheblichen Spannungen führt - musste die Teilung Europas im eigenen Land
27 überwunden werden.

28 Trotzdem war Deutschland am Ende dieses Jahrzehnts in einer stabilen inneren
29 Verfassung, der Aufbau Ost befand sich, ungeachtet aller Rückschläge auf gutem
30 Wege und die D-Mark war, trotz der Belastungen, denen sie wie keine andere Wäh-
31 rung in der Welt ausgesetzt war, eine weltweit anerkannte Leitwährung. Zum ersten
32 Mal in seiner Geschichte steht Deutschland in guten Beziehungen zu allen Nachbarn
33 und wird in der ganzen Welt als verlässlicher Partner geschätzt, vor dem sich nie-
34 mand ängstigen muss.

35 Die von der Union geführte Bundesregierung hat in diesen Zeiten historische Wei-
36 chen gestellt und viele notwendige innere Reformen auf den Weg gebracht. Manche

37 wurden durch die Verweigerungshaltung der damaligen Opposition im Bundesrat
38 blockiert; anderes musste angesichts der Fülle der Herausforderungen zurückstehen.

39
40 In den Jahrzehnten des Aufbaus und steigenden Wohlstands haben jedoch auch
41 Fehlentwicklungen ihren Anfang genommen, die unsere innere Verfassung und die
42 Zukunftsperspektiven Deutschlands zunehmend beeinträchtigen.
43 Das hat vielfältige Ursachen, die in Wechselwirkung miteinander stehen: Dem immer
44 stärkeren Staat wurde vieles überantwortet, was von der Politik auch gerne über-
45 nommen wurde. Eine zunehmende Überforderung des Staates, nicht allein, aber vor
46 allem in finanzieller Hinsicht, war die Folge. Heute lähmen Überreglementierung und
47 eine beispiellose Regelungsdichte die notwendige Entwicklung. Die in den Wachs-
48 tumsjahren erworbenen Besitzstände werden von den verschiedenen gesellschaftli-
49 chen Interessengruppen hartnäckig und ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl vertei-
50 digt. Die Notwendigkeit von Reformen wird zwar allgemein bejaht, die Bereitschaft
51 dazu ist aber relativ gering, sobald es um die eigenen Besitzstände und Interessen
52 geht.

53
54 Parallel dazu vollzog sich ein Wandel im Innenleben unserer Gesellschaft.
55 Die fortschreitende Individualisierung veränderte Einstellungen und soziale Bezüge.
56 Es entwickelte sich ein bedenkliches Ungleichgewicht in der Einstellung der Bürger
57 zu ihren Rechten und Pflichten. Hinzu kam, dass sich in der Diktatur der DDR eine
58 Bürgergesellschaft auf Grund der gegebenen Strukturen nicht entwickeln konnte
59 und freies bürgerschaftliches Engagement im Rahmen des all zuständigen Staates
60 ostdeutscher Prägung unerwünscht war.

61
62 Die Grenzen staatlicher Leistungsfähigkeit werden besonders im Hinblick auf die
63 Situation des Sozialstaates immer deutlicher. Wir geben für unseren Sozialstaat,
64 dessen Leistungsniveau weltweit ohne Beispiel ist, so viel Geld aus wie noch nie.
65 Gleichzeitig beklagen wir so viele psychisch Kranke, Einsame, verhaltensgestörte
66 Kinder, so viel Gewaltbereitschaft in unserer Gesellschaft, wie nie zuvor. Der Sozial-
67 staat expandiert und gleichzeitig wird über immer häufiger über „Soziale Kälte“
68 geklagt.

69
70 In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre hat sich der gesellschaftliche Umbruch
71 infolge tief greifender Veränderungen durch die Informations- und Kommunikations-
72 technologie erheblich beschleunigt. Die technologische Revolution verändert nicht

73 nur die Arbeitswelt, sondern beeinflusst fast alle Lebensbereiche, die Entwicklung
74 der Wirtschaft ebenso wie die Organisation der Arbeit. Mit ihrer Forderung nach
75 Mobilität und Flexibilität hat sie Auswirkungen auf unser Zusammenleben und die
76 soziale Struktur unserer Gesellschaft. Sie bietet einerseits noch nie da gewesene
77 Möglichkeiten des Informationszugangs und damit neue Dimensionen der Chancen-
78 gerechtigkeit, und stellt uns andererseits mit einer unübersichtlichen Flut verfügba-
79 rer Informationen vor eine ungeahnte Herausforderung. Dieser Wandel ist historisch
80 vergleichbar mit dem Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft, der von
81 sozialen Brüchen, Revolutionen und Konflikten gekennzeichnet war.

82

83 Begleitet wird diese Entwicklung von der Globalisierung der Weltwirtschaft und
84 vielfältiger Wirkungszusammenhänge, die eine sich beschleunigende Internationali-
85 sierung unseres Lebens zur Folge hat. Dabei steht gegenwärtig noch der verschärfte
86 Wettbewerb um Arbeit im Vordergrund. Allerdings befinden sich im Zeitalter der
87 Globalisierung auch die Rahmenbedingungen des Lebens, staatliche Ordnungen,
88 Wirtschafts- und Sozialsysteme und Rechtsordnungen auf den Prüfstand eines ver-
89 schärften Wettbewerbs. Die immer intensivere Begegnung von unterschiedlichen
90 Wertvorstellungen und Kulturen birgt neben großen Chancen gegenseitiger Berei-
91 cherung auch die Gefahr von Konfrontationen in sich.

92

93 Darüber hinaus steht Deutschland in den kommenden Jahren und Jahrzehnten vor
94 der Herausforderung, die Folgen einer veränderten Altersstruktur der Gesellschaft
95 konstruktiv zu bewältigen. Auf alle diese großen Umwälzungsprozesse muss die
96 Politik zeitgemäße Antworten finden. Die Zeit drängt! Die internationale und techno-
97 logische Entwicklung und deren möglichen Folgen für die Lebenssituation der Men-
98 schen erfordern rasches Handeln.

99

100 Dabei genügt es nicht, rein pragmatische Antworten zu geben.

101 Im Kern geht es um die Fragen:

102 Wie wollen und wie können wir morgen leben? Wie gestalten wir unser Zusammen-
103 leben im nationalen Rahmen und darüber hinaus?

104 Welche Wertvorstellungen prägen unser Leben und unser Zusammenleben?

105 Welche Leitbilder und Wertvorstellungen steuern das politische Handeln?

106 Wie können wir es schaffen, dass Deutschland vitaler, zukunftsorientierter, leistungs-
107 fähiger und zugleich menschlicher wird?

108

109 Die für die notwendigen Veränderungen erforderliche Innovationskraft kann nur aus
110 den Einstellungen des Einzelnen und aus dem gesellschaftlichen Klima hervorgehen.
111 Aber auch in Zeiten der Deregulierung - von überflüssigen Vorschriften, aber auch
112 von bisher geltenden Normen für unser Zusammenleben - werden wir weiterhin auf
113 allgemein akzeptierte Regeln zur Gestaltung von Gegenwart und Zukunft angewie-
114 sen bleiben. Je weniger aber ungeschriebene Regeln akzeptiert werden, weil über sie
115 keine innere Übereinstimmung mehr herrscht, desto mehr geschriebene werden
116 gebraucht.

Hergestellt im Archiv für Christian-Seidels Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

117 **II. Anforderungen an ein zukunftsfähiges gesellschaftspolitisches Programm**

118

119 Ein zukunftsfähiges gesellschaftspolitisches Konzept muss eine ganzheitliche politi-
120 sche Antwort, sowohl auf die Situation der Menschen und des Gemeinwesens als
121 auch auf die Herausforderungen unserer Zeit geben.

122

123 Zielsetzungen wie *Modernisieren* und *Sparen* reichen nicht. Daraus ergeben sich
124 weder Maßstäbe für die Rolle des einzelnen Bürgers noch für die des Staates oder
125 die Gestaltung des Zusammenlebens. Ebenso wenig genügt es, angesichts der tief
126 greifenden Veränderungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik ausschließlich auf
127 eine Stärkung der Bürgerrechte oder die Dynamik eines entfalteten Gemeinschafts-
128 lebens zu setzen, wie es verschiedene Konzepte für eine Bürger- oder Zivilgesell-
129 schaft suggerieren wollen.

130

131 Ein zukunftsfähiges gesellschaftspolitisches Programm muss berücksichtigen:

- 132 • das Spannungsfeld zwischen dem Anspruch der Menschen auf ein selbstbe-
133 stimmtes und selbstverantwortetes Leben und der Wirklichkeit,
- 134 • Defizite in der Entwicklung des Gemeinwesens,
- 135 • den Wandel in der Gesellschaft infolge veränderter Wertvorstellungen,
- 136 • die Veränderung der überkommenen sozialen Strukturen,
- 137 • die Konsequenzen des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts,
- 138 • die Chancen und Risiken von Globalisierung und Internationalisierung.

139

140 Deshalb orientiert sich das Konzept der CSU zur Gestaltung der „Aktiven Bürgerge-
141 sellschaft“ an folgender Agenda:

142

- 143 1. Wir formulieren Wertvorstellungen für Staat und Gesellschaft, mit denen wir den
144 realen Lebensbedingungen der Menschen ebenso gerecht werden wie den all-
145 gemeinen Entwicklungstrends unserer Zeit.
- 146
- 147 2. Wir gestalten eine Politik, mit der die Bereitschaft zur Übernahme von Verant-
148 wortung gefördert wird und in deren Rahmen jeder die Möglichkeit erhält, seine
149 Fähigkeiten entsprechend einzubringen.

150

- 151 3. Wir entwickeln politische Lösungen, die die Innovationskraft, den sozialen Frieden und die innere Stabilität von Gesellschaft und Staat fördern.
- 152
- 153
- 154 4. Wir sorgen für Strukturen, mittels derer sich eines der größten Probleme der modernen Zivilisation, die wachsende Anonymität mit all ihren verheerenden Auswirkungen, überwinden lässt.
- 155
- 156
- 157
- 158 5. Wir schaffen Strukturen, mit denen wir der wachsenden Komplexität der modernen Welt gerecht werden können.
- 159

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hans-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

160 III. Die wichtigen Schlüsselbegriffe prägen

161

162 Sprache beeinflusst das Bewusstsein. Wer die Deutungshoheit über die wichtigsten
163 Schlüsselbegriffe hat, prägt die Entwicklung.

164 Die bisherige Interpretation einiger „Schlüsselbegriffe“ hat wesentlich zu Fehlent-
165 wicklungen beigetragen. Deshalb gilt es im Sinne einer Erneuerung von Gesellschaft
166 und Staat, die relevanten Begriffe positiv zu besetzen.

167

168 Staat

169 Die verführerische Leitvorstellung vom „Vater Staat“, der fürsorglich für alles zustän-
170 dig ist, hat zahlreiche Fehlentwicklungen begünstigt. Symptomatisch dafür ist die
171 weit verbreitete Einstellung, dass eine optimale Gemeinwohlorientierung nur in der
172 Trägerschaft des Staates oder der Kommunen verwirklicht werden kann.

173 Ohne eine Neuinterpretation staatlicher Aufgaben ist eine wirksame „Entstaatli-
174 chung“ ebenso wenig möglich wie eine neue Aufgabenverteilung zwischen Staat und
175 Bürgern. Wir begreifen die notwendige Neuorientierung des Staates als Konzentration
176 auf seine Kernaufgaben, die von einer umfassenden Förderung bürgerschaftli-
177 chen Engagements begleitet sein muss.

178

179 Gerechtigkeit

180 Gerechtigkeit ist eine Grundsehnsucht der Menschen und ein Leitprinzip, nicht allein
181 des Rechtsstaates, sondern vor allem auch des Sozialstaates.

182 In der politischen Auseinandersetzung um den Umbau des Sozialstaates ist die In-
183 terpretation der Zielvorstellung Gerechtigkeit in ihren vielfältigen Ausprägungen von
184 zentraler Bedeutung. In der Vergangenheit lag deren Schwerpunkt einseitig auf
185 größtmöglicher Gleichheit und damit Verteilungsgerechtigkeit.

186 Gerechtigkeit hat viele Konsequenzen und Ausformungen. Wir wollen uns zentral am
187 Begriff der Chancengerechtigkeit orientieren. Chancengerechtigkeit bedeutet
188 größtmögliche Gerechtigkeit, dank derer jeder die Chance erhält, seine Fähigkeiten
189 optimal zu entfalten und am gesellschaftlichen und politischen Leben teilzunehmen.

190

191

192 Leistung

193 Leistung ist kein Widerspruch zu Humanität.

194 Die Anforderung, Leistung zu erbringen, bietet dem Menschen die Chance, seine

195 Fähigkeiten optimal zu entwickeln. Unabdingbar ist jedoch, dass die Leistungsanfor-

196 derung dem Einzelnen gerecht wird. Sofern sich der Wert eines Menschen nicht
197 ausschließlich nach seiner Leistungsfähigkeit bemisst, hat die Forderung nach Leis-
198 tung eine zutiefst humane Orientierung.

199

200 Wettbewerb

201 Wettbewerb ist kein Gegensatz zu Solidarität und Kooperation.

202 Für viele Menschen ist die Forderung nach mehr Wettbewerb dennoch beunruhi-
203 gend. Schließlich erleben sie verschärften Wettbewerb in einer sehr negativen Aus-
204 prägung.

205 Es ist jedoch unstrittig, dass sich nur dort bestmögliche Lösungen entwickeln und
206 höchstmögliche Leistungsfähigkeit erreichen lassen, wo es einen Wettbewerb der
207 Ideen und der Initiativen gibt.

208 Wir begreifen den Wettbewerb der Ideen als Wettbewerb mit geeigneten Regeln, die
209 die Schwachen schützen und Machtmissbrauch verhindern. In diesem Sinne steht
210 der Wettbewerb im Dienst der Solidarität aller untereinander.

211

212 Selbstverantwortung

213 Keine Leitvorstellung hat unsere Gesellschaft und unser Land in den vergangenen
214 Jahrzehnten mehr verändert als der Begriff der Selbstverwirklichung im Sinne einer
215 Loslösung aus Bindungen und Verpflichtungen.

216 Selbstverwirklichung erfordert aber Selbstverantwortung. Deshalb verstehen wir
217 Selbstverwirklichung als den Prozess der Entwicklung zu einer eigenständigen Per-
218 sönlichkeit mit der Fähigkeit zu einem selbstverantworteten Leben und einer ebenso
219 ausgeprägten Verantwortung für die Mitmenschen.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Sozialen Politik der Hans-Reich-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

220 IV. Unser Kompass ist das christliche Menschenbild

221

222 Politik orientiert sich, bewusst oder unbewusst, stets an einem bestimmten Bild vom
223 Menschen, an Vorstellungen von seinem Wert und seiner Stellung als Individuum in der
224 Gesellschaft und im Staat. Für uns bleibt unverändert das Menschenbild der christlich-
225 abendländischen Wertetradition maßgebend, das über den persönlichen Glauben und
226 das individuelle Bekenntnis hinaus ein gemeinsames europäisches Erbe manifestiert.
227 Das christliche Menschenbild ist uns eine unverzichtbare Orientierung für die politische
228 Gestaltung unseres Zusammenlebens und unserer Zukunft. Deshalb gilt für uns:

229

230

231 1. Alle Menschen sind gleich in ihrer Würde als Person. Sie haben deshalb Anspruch
232 auf die gleichen Freiheiten und auf Gleichheit vor dem Gesetz, unabhängig von Her-
233 kunft, Sprache oder Rasse, von Geschlecht, Bekenntnis, körperlicher Konstitution o-
234 der anderen Unterscheidungsmerkmalen.

235

236 2. Zum Menschsein gehört der Wunsch nach einer transzendenten Sinngebung des
237 Daseins. Der Christ findet ihn in der Bindung an Gott im Sinne der biblischen Offen-
238 barung.

239

240 Glaubens-, Gewissens- und Religionsfreiheit sowie gelebte Toleranz sind unverzicht-
241 bare Grundlagen einer humanen Gesellschaft.

242

243 Die „Goldene Regel“ („Alles nun, was ihr wollt, das euch die Leute tun sollen, das tut
244 ihnen auch!“, Matth. 7,12) bietet einen geeigneten Kompass für das Zusammenleben
245 von Menschen unterschiedlicher Kulturen, Religionen und Wertvorstellungen.

246

247 Staat und Politik haben die transzendente Orientierung der Menschen und ihren
248 persönlichen Glauben zu respektieren. Aus dieser Verpflichtung heraus schützen sie
249 die Religionsgemeinschaften und fördern sie als öffentlich wirksame Institutionen
250 der Sinnstiftung und der Wertorientierung.

251

252 3. Der Mensch als geistbegabtes Individuum ist nicht einfach ein Produkt seiner gene-
253 tischen Anlagen und der Umweltbedingungen, sondern zu Freiheit und eigenver-
254 antwortlicher Lebensführung befähigt. Als Gemeinschaftswesen bleibt er jedoch in
255 seiner individuellen Entfaltung auf das Du und das Wir angewiesen. Individualität

256 und Sozialität bedingen einander. Als Mensch in der Gesellschaft ist er auf die Ge-
257 meinschaft angewiesen und gerade deshalb auch selbst dem Gemeinwohl verpflich-
258 tet.

259

260 4. Der Mensch lebt zielgerichtet, verfolgt Interessen. Der Politik obliegt es, die gesell-
261 schaftliche Ordnung so zu gestalten, dass die Eigeninteressen der Vielen nicht in
262 Gruppenegoismen ausarten, sondern der Verwirklichung gemeinsamer Werte die-
263 nen. Darüber hinaus muss die Politik Anreize dafür schaffen, dass möglichst viele
264 Menschen bereit sind, in der Hinwendung zu ihren Mitmenschen und in der Über-
265 nahme von Gemeinwohlaufgaben einen Lebenssinn und Entfaltungsmöglichkeiten
266 zu suchen.

267

268 5. Menschliches Leben ist in vielfältiger Weise begrenzt. Mängel, Leiden, Schmerz und
269 Tod sind ebenso Teil menschlichen Lebens wie moralisches Versagen und Schuld.
270 Die Politik muss sich bei all ihrem Bemühen um eine Verbesserung der äußeren Le-
271 bensverhältnisse davor hüten, den Menschen eine heile Welt zu versprechen. Sie
272 muss vielmehr Solidarität auch im Leiden fordern und fördern. Gerade in der ge-
273 gegenwärtigen wissenschaftlichen und ethischen Auseinandersetzung um die Mög-
274 lichkeiten und Grenzen von Eingriffen in das Leben (z.B. pränatale Medizin, Sterbe-
275 hilfe) bedarf es des Bewusstseins menschlicher Begrenztheit.

276

277 6. Die Prinzipien der Solidarität und Subsidiarität lassen sich aus dem christlichen
278 Menschenbild ableiten und fordern vom Einzelnen die Gemeinwohlorientierung sei-
279 nes Handelns. Während Solidarität die wechselseitige Verpflichtung des Einzelnen
280 und der Gemeinschaft impliziert, bietet die Subsidiarität Raum zur freien Entfaltung
281 und zu verantwortlichem Handeln.

282

283 Das christlich-abendländische Menschenbild steht

284

- 285 • für den notwendigen Respekt der Menschen voreinander;
- 286 • gegen die Anwendung von Gewalt im Zusammenleben;
- 287 • gegen eine Reduzierung des Menschen auf seine Nützlichkeit;
- 288 • für freie Entfaltung der vielfältigen Solidaritätspotenziale einer Aktiven Bürgerge-
289 sellschaft;
- 290 • für den Schutz des Lebens in seinen vielfältigen Erscheinungsformen;

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

- 291 • für die Bewahrung der Menschenwürde auch in Grenzsituationen des Lebens,
292 gleichgültig ob es sich um eine Behinderung, schwere Erkrankung, das Leben vor
293 der Geburt oder die Situation des Sterbens handelt;
- 294 • für Barmherzigkeit und Vergebung, weil der Mensch auch in seiner Fehlerhaftigkeit
295 und in seinen Grenzen zu akzeptieren ist.

296

297 Aus diesem Verständnis heraus sehen wir im Menschenbild christlicher Prägung den
298 unverzichtbaren Wegweiser zur Gestaltung einer humanen Zukunft.

299

300

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

301 V. Neue Kultur der Verantwortung

302

303 Verantwortung übernehmen - für sich selbst

304

305 Im Interesse einer humanen Gestaltung unserer Zukunft müssen wir eine „Kultur der
306 Verantwortung“ entwickeln, ohne die es keine Gesellschaft geben kann, die gleicher-
307 maßen lebendig, leistungsfähig und solidarisch ist. Für uns sind deren Grundlagen die
308 dargelegten Prägungen des christlichen Menschenbildes. Damit wird aber keine andere
309 Begründung ausgeschlossen.

310

311 Unser Menschenbild geht von der Eigenverantwortung des Einzelnen für seine Lebens-
312 gestaltung aus. Jeder ist selbst dafür verantwortlich, was er aus seinen Fähigkeiten und
313 der Lebenssituation macht, in der er sich befindet.

314 Nur eine solche Einstellung zum Leben ermöglicht dem Einzelnen die Entfaltung seiner
315 Persönlichkeit, mithin eine Selbstverwirklichung, die nicht auf Kosten anderer Men-
316 schen praktiziert wird, sondern diesen zugute kommt.

317 Daher müssen Erziehung und Bildung die Entwicklung zur selbstbestimmten und eben-
318 so sozial verpflichteten Persönlichkeit zu fördern versuchen.

319

320 Die Aktive Bürgergesellschaft verlangt selbstständige Persönlichkeiten, d.h. freie,
321 selbstbestimmte und sozial verantwortliche Bürger, die fähig sind zur eigenverantwort-
322 lichen Lebensgestaltung. Nur auf dieser Grundlage erlangt der Mensch die souveräne
323 Unabhängigkeit, die es ihm ermöglicht, die Chancen der Wohlstandsgesellschaft und
324 des technischen Fortschritts zu nutzen, ohne von ihnen abhängig zu werden. Im Le-
325 bensgefühl vieler Menschen hat allerdings der Erwartungsdruck der Umwelt, sich be-
326 stimmten Lebensstilen oder Konsumgewohnheiten anzupassen, frühere Beschränkun-
327 gen der Freiheit durch Sozialkontrolle oder individuelle Abhängigkeiten nahtlos abge-
328 löst.

329

330 Eigenverantwortung ist Voraussetzung gesellschaftlicher Solidarität. Beides bedingt
331 einander, weil die Menschen nur in der Gemeinschaft ihre Kräfte entfalten, sei es für sie
332 selbst oder für Andere.

333

334

335 Verantwortung übernehmen - für Mitmenschen

336

337 Für Christen ist das Gebot der Nächstenliebe die zentrale Botschaft des Glaubens.

338 Weil der Mensch auf den Anderen angewiesen ist, ist er auch den Mitmenschen ver-

339 pflichtet. Ohne deren Zuwendung könnten wir nicht existieren, hätten wir uns nicht zu

340 dem entwickeln können, was wir sind. Jeder Mensch ist ein Mitglied der Gemeinschaft,

341 ein Teil des Ganzen.

342 In der Hinwendung zu anderen Menschen erschließen sich neue Dimensionen des

343 Lebens. Das ist die tiefe, durch nichts zu ersetzende Erfahrung vieler Menschen, die sich

344 beispielsweise im Ehrenamt für Andere engagieren. Sie nehmen aktiv Anteil an deren

345 Erfahrungen und Einsichten.

346 Engagement für den Anderen ist jedoch auch unabhängig vom persönlichen Nutzen

347 eine ethische Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft.

348

349

350 Verantwortung übernehmen - für das Gemeinwesen

351

352 Das staatliche Gemeinwesen ist nicht ein Gegenüber, ein beliebig auswählbarer Dienst-

353 leistungsbetrieb – es ist unsere gemeinsame Struktur und Aufgabe. Dafür ist unser aller

354 Bereitschaft notwendig, sich für das Gemeinwesen zu engagieren, dafür einzustehen.

355 Unser Verständnis der Aktiven Bürgergesellschaft löst das Gegenüber von Staat und

356 Bürger und eine einseitige Anspruchshaltung gegenüber dem Staat auf.

357 Ohne staatsbürgerliches Engagement gibt es kein auf Dauer lebendiges und leistungs-

358 fähiges Gemeinwesen, keinen intakten Staat, keine solidarische Gesellschaft. Deshalb

359 wollen wir mit der Aktiven Bürgergesellschaft nicht nur eine Stärkung der Bürgerrechte,

360 sondern vor allem neue Möglichkeiten der Mitgestaltung, der Teilhabe, der Teilverant-

361 wortung verwirklichen.

362 Die Politik muss dafür die notwendigen Voraussetzungen, Rahmenbedingungen gestal-

363 ten. Das führt auch zu einer neuen Qualität der Partnerschaft der Politik und Bürger.

364

365

Hergestellt im Archiv für christlich-soziale Politik (den Hans-Georg-Stiftung - Weitergaberecht geschützt. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

366 Verantwortung übernehmen - für die Zukunft

367
368 Der Mensch hat als einziges Lebewesen die Möglichkeit, sich mit seiner Zukunft zu
369 befassen, sie gedanklich zu strukturieren und ihren Verlauf zu beeinflussen. Gleichwohl
370 gehört Zukunftsangst gerade in Deutschland zu den prägenden Empfindungen vieler
371 Zeitgenossen.

372 Dabei hatten die Menschen noch nie so viele Möglichkeiten zu Gestaltung und Verände-
373 rung. Wie nie zuvor werden aber die Weichenstellungen, die wir heute beschließen, die
374 Lebenssituation der nachfolgenden Generationen beeinflussen. Die sich bietenden
375 Möglichkeiten verlangen daher ein gesteigertes Maß an Verantwortungsbewusstsein.

376
377 Diese besondere Verantwortung für die Zukunft ist bestimmend für die Lebensführung
378 des Einzelnen, für die Gesellschaft, vor allem aber auch für das politische Handeln. Bei
379 allen Entscheidungsprozessen muss das Prinzip der „Nachhaltigkeit“ ein grundlegendes
380 ethisches Orientierungsprinzip sein.

381 Wir haben kein Recht, bequem auf Kosten nachkommender Generationen zu leben. Wir
382 haben vielmehr die moralische Verpflichtung, im Rahmen unserer Möglichkeiten in
383 deren Zukunft zu investieren. Deshalb bedarf es einer stärkeren Zukunftsorientierung,
384 mit deren Hilfe wir die heute weit verbreitete Orientierung am Moment und materieller
385 Bedürfnisstimulanz überwinden müssen.

386
387 Um das Prinzip Nachhaltigkeit umzusetzen, wird eine Begrenzung der gegenwärtigen
388 Ansprüche zu Gunsten der Lebensmöglichkeiten der Nachkommen unausweichlich
389 werden. Wer jedoch den Menschen nur als autonome Größe sieht und den Lebensge-
390 nuss als alleinigen Maßstab der Lebensgestaltung betrachtet, wird für eine Selbstbe-
391 grenzung kaum die notwendige Kraft finden. Deshalb ist ein entsprechendes Wertefun-
392 dament erforderlich, um die damit einhergehenden Herausforderungen schultern zu
393 können.

394

395

396 Orientierungsmaßstäbe für die Aktive Bürgergesellschaft sind:

397

398 1. Was der Einzelne zumutbar selbst leisten kann, muss er auch selbst leisten: „Prinzip
399 der Eigenverantwortlichkeit“.

400

- 401 2. Jeder trägt Mitverantwortung für andere und bedarf der Solidarität seiner Mitmen-
402 schen in der Gemeinschaft und mittels eines handlungsfähigen Sozialstaates: „Prin-
403 zip des Helfens“.
- 404
- 405 3. Für alle gilt im Rahmen ihrer jeweiligen Möglichkeiten das „Prinzip Gegenseitigkeit“.
406 Wer etwas erhalten möchte oder aber bereits erhalten hat – sei es von seinen Mit-
407 menschen oder dem Staat -, muss im Gegenzug den ihm möglichen Beitrag für die
408 Gemeinschaft leisten.
- 409
- 410 4. Jeder trägt Mitverantwortung für unser Gemeinwesen, ebenso wie er ein Recht
411 darauf haben muss, mitgestalten zu dürfen: "Prinzip der aktiven Teilhabe".
- 412
- 413 5. Jeder trägt Mitverantwortung für die gemeinsame Zukunft. Dies gilt besonders
414 gegenüber nachkommenden Generationen: „Prinzip Nachhaltigkeit“.
- 415
- 416 Diese Orientierungsmaßstäbe müssen durch geeignete Rahmenbedingungen in der
417 Gesellschaft verankert werden. Dies durch Überzeugung und Anreize zu fördern ist
418 Aufgabe und ethische Verpflichtung der Politik.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hans-Seidel-Stiftung - Weiterverbreiten ist gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

419 **VI. Subsidiaritätsprinzip und Föderalismus als Zukunftsstrategien**

420

421 Die Strukturen in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat gestalten sich zunehmend undurch-
422 schaubarer. In ihrer Anonymität sieht sich die moderne Zivilisation einer ihrer größten
423 Gefährdungen ausgesetzt. Fast zwangsläufig wächst damit die Distanz des Bürgers zur
424 Gesellschaft, sinken Verantwortungsbereitschaft und Engagement.

425 Die Unübersichtlichkeit ist eine wesentliche Ursache für die wachsende Verdrossenheit
426 gegenüber Großorganisationen und dem Staat. Strukturen, die den Wirkungszusam-
427 menhang zwischen Handeln und den sich daraus ergebenden Folgen verschleiern,
428 behindern die Entwicklung von Verantwortungsbewusstsein und fördern Verantwor-
429 tungslosigkeit. Der Einzelne fühlt sich in dieser Situation ohnmächtig und zieht sich aus
430 seiner Verantwortung zurück.

431 Diese folgenschwere Fehlentwicklung lässt sich nicht mit moralischen Appellen ein-
432 dämmen, sondern nur durch eine Reform der Strukturen. Je mehr Menschen wieder den
433 Kausalzusammenhang zwischen ihrem eigenem Handeln und den damit verbundenen
434 Folgen erfahren, desto stärker wächst Verantwortungsbewusstsein. Unverzichtbar für
435 die Entwicklung gelebten Verantwortungsgefühls und Freiheitsempfindens ist die Ein-
436 bettung in ein überschaubares Lebensumfeld.

437 Verantwortung übernehmen kann der Mensch vor allem für sich selbst, seine Familie,
438 seine Freunde und Bekannten, seine Nachbarn, Arbeits- und Vereinskollegen, mithin für
439 sein überschaubares Umfeld. Aus diesen Erfahrungen erwächst auch die Befähigung zu
440 Solidarität in der größeren Gemeinschaft.

441

442 Das Subsidiaritätsprinzip der christlichen Soziallehre ist als Strukturprinzip zukunftswei-
443 send für die Gestaltung der modernen Gesellschaft. Seine konsequente Anwendung
444 erlaubt es, die sich stellenden Aufgaben so menschen- und problemnah wie jeweils
445 möglich zu bewältigen. Das Subsidiaritätsprinzip ist deshalb das prägende Strukturprin-
446 zip der Aktiven Bürgergesellschaft, ihr Leitprinzip. Es impliziert: Vorrang für die kleinere
447 Einheit.

448 Sofern diese die sich stellenden Aufgaben erfüllen kann, hat die größere Einheit keine
449 Legitimation, von sich aus tätig zu werden.

450 Politik und Staat müssen diese Aufgabenverteilung nicht nur respektieren, sondern
451 durch Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen aktiv unterstützen.

452

453 Der Vorrang der kleineren Einheit fördert

- 454 • soziale Verantwortung und Engagement,

Hergestellt im Archiv für Christlich-soziale Politik der Hans-Beckwith-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Verbreitung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

- 455 • größere Kreativität und mehr Flexibilität,
456 • einen umfassenden Wettbewerb der Ideen und Initiativen.
- 457 Der Vorrang der kleineren Einheit mindert zugleich im Falle von Fehlentscheidungen
458 und Fehlentwicklungen das Risiko für das Ganze.
- 459
- 460 Nichts wird wachsender Komplexität mehr gerecht als die Verlagerung von Zuständig-
461 keiten in die Verantwortung der jeweils kleineren Einheit, die eingebunden bleibt in die
462 Mitverantwortung für das Ganze (etwa in einem Verband, in der Kommune, im Land, in
463 Europa oder weltweit). Je komplexer die Sachverhalte werden, umso weniger lassen sie
464 sich zentral regeln und gestalten. Kleine Einheiten fungieren dabei als Bestandteil eines
465 größeren Netzwerkes, das elastisch auf Veränderungen reagiert, zugleich aber fest
466 genug ist, um die erforderliche Stabilität zu sichern. Die Beziehung der kleineren Einheit
467 zum größeren Verbund – sei es Bayern, Deutschland oder Europa – ist dabei so autonom
468 wie möglich und mit so viel Bindung wie nötig zu gestalten.
- 469
- 470 Die Aktive Bürgergesellschaft baut in allen Lebensbereichen auf dem Subsidiaritätsprin-
471 zip auf; gleichgültig, ob es sich um die innere Gestaltung der Selbstverwaltung in der
472 Gesellschaft handelt, um die Ausformung des Sozialstaates oder den Staatsaufbau als
473 solchen. Denn gerade die moderne Informations- und Kommunikationstechnologie
474 bietet noch nie da gewesene Möglichkeiten, um Netzwerke oder Verbindungen zum
475 größeren Ganzen herzustellen.
- 476
- 477 Die künftige Organisation des staatlichen Lebens ist konsequent am föderalistischen
478 Ordnungsprinzip auszurichten.
- 479 Dafür benötigen wir in Deutschland eine grundlegende Neuordnung der Aufgabenver-
480 teilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Dabei sind die Aufgaben so zu vertei-
481 len, dass sich ein Wettbewerb der Ideen und der Initiativen entwickeln kann. Denn nur
482 so kann sich das Leistungspotenzial unseres Volkes in allen Lebensbereichen wirklich
483 entfalten. Auch wenn uns die Solidarität zu einem Ausgleich unterschiedlicher Leis-
484 tungsfähigkeit verpflichtet, so darf dieser doch keinesfalls die Eigeninitiative schwä-
485 chen, Verantwortlichkeiten verwischen oder nivellierend wirken.
- 486
- 487 Wir erachten die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips zur Ausgestaltung föderalisti-
488 scher Strukturen als unverzichtbar für die künftige Gestaltung des vereinigten Europas.
489 Nur so lassen sich Vielfalt und Einheit in einer harmonischen Weise miteinander verbind-
490 en. Sollten sich dagegen weiterhin zentralistische Tendenzen innerhalb der Europäi-

491 schen Union durchsetzen, wird dies eine Entfremdung der Menschen von der Gemein-
492 schaft, eine Verschleuderung von Ressourcen und immer dichtere Regelungsmechanis-
493 men zur Folge haben und damit letztlich zum Scheitern des europäischen Projekts
494 führen.

495

496 Die Stärkung der kleineren Einheit entspricht dem Wunsch der Bürger, ihren persönli-
497 chen Lebensraum gestalten und ihre eigene Identität bewahren zu können. Sie trägt
498 der zunehmenden Bedeutung des Regionalismus Rechnung, ohne jedoch wie der Sepa-
499 ratismus eine Flucht aus der gemeinsamen Verantwortung zu implizieren. Sie folgt dem
500 Leitgedanken „global denken – lokal handeln“ und gibt damit eine ebenso geeignete
501 wie unverzichtbare Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hans-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

502 VII. Ein starker Staat ist weiter wichtig

503
504 Als starker Staat wird heute in erster Linie der allzuständige Staat erfahren. Dies wird
505 einerseits erwartet; andererseits wird der Umfang seiner Leistungen als lähmend emp-
506 funden. Mit dem Konzept der Aktiven Bürgergesellschaft verbindet manch einer die
507 Sorge, dass sich der Staat aus seinen Aufgaben zurückziehen und alles der Macht des
508 Stärkeren überlassen bleiben könnte.

509 Die ordnende Hand des Staates bleibt aber auch in der Aktiven Bürgergesellschaft von
510 entscheidender Bedeutung, denn er muss die Rahmenbedingungen für die Gestaltung
511 des Zusammenlebens in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft definieren.

512
513 Zum Konzept der Aktiven Bürgergesellschaft gehört, dass sich der Staat auf seine Kern-
514 aufgaben konzentriert und gleichzeitig in geeigneter Weise bürgerschaftliches Enga-
515 gement unterstützt.

516
517 Zu den Kernaufgaben des Staates zählen wir:

- 518 • die Rechtsordnung und damit die innere Sicherheit gewährleisten,
- 519 • die äußere Sicherheit des Staatswesens garantieren,
- 520 • Möglichkeiten zur demokratischen Mitgestaltung sicherstellen,
- 521 • verlässliche Rahmenbedingungen für die Wirtschaft setzen,
- 522 • für sozialen Ausgleich durch Solidarität der Starken mit den Schwachen sorgen,
- 523 • Bildung und Allgemeinbildung durch geeignete Gestaltung eines differenzierten
524 Bildungswesens vermitteln,
- 525 • Chancengerechtigkeit für alle ermöglichen, indem die Voraussetzungen und die
526 Qualifikation für den Zugang zu Bildung und zur Arbeitswelt vermittelt werden.

527

528

VIII. Aktive Bürgergesellschaft - Aktivierender Sozialstaat

530

531 Wir gestalten den Sozialstaat des 21. Jahrhunderts auf der Grundlage von Eigenverant-
532 wortung und Solidarität.

533 „Der Ruf nach Eigenverantwortung darf weder als bloßer Individualismus missverstan-
534 den werden, noch dazu führen, Einzelne allein zu lassen, wo sie mit dem Einsatz ihrer
535 eigenen Kräfte überfordert sind. Eigenverantwortung und Solidarität bedingen einan-
536 der. Auch wenn die Möglichkeiten, durch eigene Arbeit und eigene Entscheidungen sein
537 Leben zu gestalten, ungleich verteilt sind, muss Eigenverantwortung als Voraussetzung
538 gesellschaftlicher Solidarität von allen gefordert werden“ (Kommission der Deutschen
539 Bischofskonferenz – „Mehr Beteiligungsgerechtigkeit“).

540

541 Sozialstaat bedeutet für uns nicht nur Einsatz für die Schwächeren, die in besonderem
542 Maße der Hilfe bedürfen. Vielmehr fungiert er als eine Einrichtung gegenseitiger und
543 gesamtgesellschaftlicher Solidarität im Interesse aller. Er stabilisiert das Gemeinwesen,
544 minimiert Lebensrisiken, verbessert die Lebensbedingungen und Entfaltungschancen
545 jedes Einzelnen und ist damit eine Investition in die Lebensqualität aller. Der Sozialstaat
546 kann seine Aufgaben aber nur dann angemessen erfüllen, wenn sich alle, Leistungserb-
547 ringer wie Leistungsempfänger, dem Maßstab der Gerechtigkeit verpflichtet fühlen.
548 Zugleich bedarf es heute mehr denn je einer angemessenen Verbindung von Eigenver-
549 antwortung und Solidarität. Das gilt besonders für die beabsichtigte Neuordnung des
550 Gesundheitswesens, für die Alterssicherung und für die Arbeitsmarktpolitik.

551

552 Als Leitvorstellung dient der Aktiven Bürgergesellschaft dabei der aktivierende Sozial-
553 staat. In dessen Rahmen sind sämtliche Einrichtungen und Maßnahmen durchgehend
554 so gestaltet, dass sie den Menschen möglichst attraktive Anreize zu eigener Anstren-
555 gung und zur Entfaltung ihrer Möglichkeiten geben. Dementsprechend gilt stets der
556 Vorrang der Eigenverantwortung und das Subsidiaritätsprinzip. Alle Hilfe muss als Hilfe
557 zur Selbsthilfe verstanden werden.

558

559 Der Sozialstaat basiert auf dem Prinzip der Solidarität. Gerechtigkeit bedeutet im akti-
560 vierenden Sozialstaat vor allem Chancengerechtigkeit in dem Sinne, dass jeder die
561 Chance zur Entfaltung der ihm eigenen Möglichkeiten durch eigene Anstrengungen
562 erhält.

563 Die Einrichtungen des Sozialstaates müssen für alle Beteiligten transparenter werden.

564 Nur in einer Atmosphäre der Offenheit kann mehr Eigenverantwortung erwartet wer-

565 den, können Innovationen und bessere Problemlösungen gedeihen. Auch im Sozialen
566 bedarf es der kreativen Impulse eines verstärkten Wettbewerbs der Ideen und der
567 Initiativen. Dabei profitiert der Einzelne in der Aktiven Bürgergesellschaft von freien
568 bürgerschaftlichen Initiativen, z. B. Selbsthilfegruppen, neuen sozialen Netzwer-
569 ken, traditionellen Formen der Nachbarschaftshilfe und großen Wohlfahrtsverbänden,
570 deren Angebote staatlich verantwortete Leistungen ergänzen.

571

572 Sämtliche finanziellen Leistungen und Organisationsstrukturen müssen sich daran
573 messen lassen, inwieweit sie Anreize für Eigeninitiative und gesellschaftliches Engage-
574 ment schaffen, ob sie also dem Leitbild des aktivierenden Sozialstaates der Aktiven
575 Bürgergesellschaft entsprechen. Insofern ist eine neue Balance von Rechten und Pflich-
576 ten im Sozialstaat zu suchen, welche Eigeninitiative fördert, kreative Selbsthilfe ermög-
577 licht und die Effizienz der vorhandenen sozialen Strukturen stärkt.

578

579

580 IX. Das Gemeinschaftsleben fördern

581
582 In der Vergangenheit haben sich das Gemeinschaftsleben und der damit verbundene
583 soziale Kontakt weitgehend selbst organisiert. Politik und öffentliche Hand konnten sich
584 im Wesentlichen darauf konzentrieren, die vorhandenen Initiativen zu unterstützen, sei
585 es durch die Förderung des Vereinslebens in den Kommunen, sei es durch die Unter-
586 stützung sozialer, kultureller, sportlicher oder anderer Aktivitäten.

587 Ein lebendiges Gemeinschaftsleben bleibt eine unverzichtbare Voraussetzung für Le-
588 bensqualität, Vitalität und Stabilität von Staat und Gesellschaft.

589
590 Die Auflösung traditioneller sozialer Strukturen, begleitet von einer stärkeren sozialen
591 Durchlässigkeit und dem Verlangen nach mehr Mobilität eröffnen vielen Menschen
592 einen erweiterten Freiraum für ihre persönliche Lebensgestaltung ohne die einengende
593 Sozialkontrolle vergangener Tage.

594
595 Gleichzeitig bedarf der Mensch des sozialen Kontakts, des Lebens in Gemeinschaften.
596 Für viele, insbesondere auch für junge Menschen, stellt sich die Frage, wo sie sich be-
597 heimtet fühlen. Sie haben ein natürliches Bedürfnis nach einem stabilen sozialen
598 Umfeld, das über den engeren Rahmen der Familie hinaus als stützend und identitäts-
599 fördernd erfahren wird. Kontakte mit Mitmenschen und Erfahrungen des Gemein-
600 schaftslebens sind unverzichtbar für die gesellschaftliche Integration des Einzelnen und
601 das Verständnis zwischen den Generationen.

602
603 Der Kontakt zu anderen Menschen und das Leben in Gemeinschaften geben Orientie-
604 rung. Die dabei geknüpften Bindungen und vermittelten Werte helfen bei der Bewälti-
605 gung auch schwieriger Lebenssituationen. Dies ist in einer Zeit, in der immer mehr
606 Menschen unter Beziehungslosigkeit, Einsamkeit, und der Anonymität vieler Strukturen
607 und Abläufe leiden, notwendiger denn je.

608 Je weniger ausgeprägt die sozialen Kontakte und das Gemeinschaftsleben sind, desto
609 zwangsläufiger ergeben sich Probleme, nicht nur für den Einzelnen, sondern auch für
610 die Gesellschaft als Ganzes, bis hin zu einem Besorgnis erregenden Anstieg der Krimina-
611 litätsrate.

612 Deshalb bedarf eine gesellschaftspolitische Zukunftsstrategie nicht nur der Modernisie-
613 rung von Bereichen wie Technik, Wissenschaft und Infrastruktur. Vielmehr gilt es gerade
614 in einer Zeit, die von einer bemerkenswerten Vielfalt von Lebensstilen und Wertvorstel-

Hergestellt im Archiv für Christlich-soziale Familien der Hans-Sachs-Stiftung - Weiterabdruck gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

615 lungen geprägt ist, das Gemeinschaftsleben und soziale Kontakte gezielt zu fördern, um
616 so einen Beitrag zur gesellschaftlichen Integration zu leisten.

617 Die traditionellen Formen des Gemeinschaftslebens in gewachsenen Gemeinschaften,
618 Vereinen und Verbänden sind ein bedeutendes Vermächtnis und bedürfen der Pflege
619 und Förderung. Das allein wird allerdings nicht reichen.

620 Deshalb gilt es, die Motivation für neue soziale Aktivitäten zu wecken und zu fördern.
621 Diese Aufforderung zum Engagement richtet sich insbesondere auch an die junge Gene-
622 ration, die sich den traditionellen Formen des Gemeinschaftswesens zunehmend ent-
623 fremdet.

624 Angesichts veränderter Sozialstrukturen und Lebensgewohnheiten und im Bewusstsein
625 der begrenzten Möglichkeiten des Sozialstaates ist die Förderung neuer sozialer Netz-
626 werke eine vordringliche Aufgabe von Politik und Gesellschaft. Bei der Förderung des
627 gesellschaftlichen Zusammenlebens sind Kreativität und Initiative genauso gefordert
628 wie in den neuen Technologien.

629
630 Das Ehrenamt ist eine „Sauerstofftherapie“ für unsere Gesellschaft. Daher ist es unab-
631 dingbar für die Lebendigkeit unseres Gemeinschaftslebens, das Ehrenamt in seiner
632 ganzen Vielfalt traditioneller und neuer Formen zu ermutigen und zu unterstützen.
633 Dies ist in erster Linie Aufgabe der Kommunalpolitik, aber auch aller anderen Politik-
634 ebenen. Der wichtigste Beitrag zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements ist die
635 Aufwertung des gesellschaftlichen Status ehrenamtlicher Tätigkeiten. Außerdem sollte
636 eingehend geprüft werden, inwieweit es notwendig und möglich ist, Hemmnisse, die
637 einem ehrenamtlichen Engagement entgegenstehen, zu beseitigen und das Ehrenamt
638 noch stärker zu unterstützen, ohne dass dabei der Charakter der Ehrenamtlichkeit verlo-
639 ren geht. So sollte z.B. bei der Vergabe von Studien- und Ausbildungsplätzen ehrenamt-
640 liches Engagement als Nachweis von Praktika gewertet werden.

641 Generell müssen wir immer wieder verdeutlichen, dass ehrenamtliches Engagement
642 weniger Belastung bedeutet, als vielmehr eine große Chance ist, Fähigkeiten zu entwi-
643 ckeln, Schlüsselqualifikationen und soziale Kompetenz zu erwerben, Erfahrungen zu
644 sammeln und damit Sinn und Lebensqualität zu gewinnen. Diese Einsicht muss bereits
645 bei der Erziehung vermittelt werden, auch indem Kindern die Möglichkeit geboten wird,
646 in geeigneten Projekten konkrete Erfahrungen zu machen und individuelle Präferenzen
647 zu entwickeln.

648 **X. Neue Partnerschaft von Bürgern und Politik**

649

650 Die Aktive Bürgergesellschaft verändert mit ihrem neuen Selbstverständnis des Bürgers
651 nicht nur die Anforderungen an Staat und Politik, sondern auch die Aufgaben und die
652 Rolle des Bürgers.

653 Der Vorrang der Eigenverantwortung des einzelnen Bürgers und der Selbstorganisation
654 durch entsprechende gemeinschaftliche Initiativen hat Konsequenzen für die Aufgaben
655 und die Rolle der Politik. Sie muss das bürgerschaftliche Engagement fördern und die
656 Bürger auch entsprechend fordern.

657

658 Die Politik muss überall dort, wo dieser Vorrang sachgerecht ist, bürgerschaftlichen
659 Initiativen Freiraum und günstige Rahmenbedingungen bieten, Impulse geben, sie nach
660 Möglichkeit unterstützen – und sich dann selbst zurückhalten. Die notwendige Autono-
661 mie solcher Initiativen ist zu respektieren, wobei es sich von selbst versteht, dass diese
662 Gruppen dann nicht ständig nach der Hilfe der Politik oder des Staates rufen dürfen. Die
663 Bedeutung der politischen Parteien als Vermittlungsinstanz zwischen Bürgerschaft und
664 Mandatsträgern bleibt unverzichtbar, auch wenn sich die Qualität der Zusammenarbeit
665 ändert.

666 Im Verständnis der Aktiven Bürgergesellschaft engagiert sich der verantwortungsbe-
667 wusste Bürger nicht nur, wenn es um seine Interessen geht. Vielmehr zeigt er sich auch
668 über die eigenen Anliegen hinaus bereit, im Rahmen seiner Möglichkeiten Verantwor-
669 tung zu übernehmen.

670

671 Bürgerschaftliches Engagement ist immer freiwillig und gibt dem Einzelnen damit stets
672 die Möglichkeit und die Freiheit, sich wieder zurückzuziehen. Aber nicht nur deshalb
673 kann und sollte bürgerschaftliches Engagement kein Ersatz für die Aufgaben und die
674 Verantwortung der Volksvertreter sein. Durch das Mandat freier und allgemeiner Wah-
675 len haben die Gewählten eine Verpflichtung und Verantwortung, die sie nicht – wie im
676 freiwilligen Engagement – jederzeit abgeben können. Als Bürgervereinigungen anderer
677 Art bündeln die politischen Parteien die Interessen, erzielen im internen Dialogprozesse
678 Kompromisse und einen Interessenausgleich und setzen dessen Ergebnisse durch ihre
679 Repräsentanten um.

680 Einsatz in der Bürgerschaft und in der Politik sind unterschiedliche Formen des Enga-
681 gements und der Verantwortung, die zu einem Miteinander geführt werden müssen.

682 Dies kann nur möglich sein, wenn man die jeweils unterschiedliche Rolle beider Ebenen
683 respektiert und die Letztverantwortung der gewählten Volksvertreter anerkennt.

684

685 In der Arbeitswelt weichen hierarchische Strukturen und ein autoritärer Führungsan-
686 spruch in zunehmendem Maße einem kooperativen Führungsstil, der Untergebene als
687 Partner begreift.

688 Ein solches Selbstverständnis erwarten die Bürger auch von der Politik und den Orga-
689 nen des Staates. Dabei ist ihnen durchaus bewusst, dass Regeln für das Miteinander,
690 Führung und respektierte Entscheidungskompetenzen auch weiterhin notwendig blei-
691 ben. Die Impulse für ein neues partnerschaftliches Verhältnis von Bürger und Staat
692 müssen von der Politik ausgehen. Es liegt in ihrer Verantwortung, die entsprechenden
693 Rahmenbedingungen zu setzen. Grundvoraussetzungen für den Erfolg des damit ein-
694 hergehenden Wandlungsprozesses sind gegenseitiger Respekt und der Wille zur Trans-
695 parenz.

696

697 Die intensivste Begegnung zwischen Bürger und Politik findet in der Kommunalpolitik
698 statt. Deshalb ist sie der Ausgangspunkt der Veränderung im Verhältnis zwischen Bür-
699 ger und Staat, die letztlich alle Politikbereiche erfassen muss. Gerade im Bereich der
700 Kommunalpolitik geben viele positive Beispiele berechtigten Anlass zu der Hoffnung,
701 dass das gelingt.

702

703 Dabei gewinnen „Sozialkompetenz“, die Fähigkeit mit Menschen umzugehen, unter-
704 schiedliche Meinungen zusammenzuführen, Toleranz und die Fähigkeit zum kooperati-
705 ven Führungsstil, als unerlässliche Voraussetzungen für dauerhaften Erfolg zunehmend
706 an Bedeutung. In einem veränderten Umfeld politischer und bürgerschaftlicher Koope-
707 ration genügt es nicht mehr, nur die jeweils zeitgemäßen Kommunikations- und Füh-
708 rungsmethoden zu beherrschen, ohne die entsprechende partnerschaftliche Einstellung
709 zu den Menschen zu haben.

Hergestellt im Archiv für nri/nalch/soziale politik der Hans-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

710 XI. Die Rolle der Wirtschaft in der Aktiven Bürgergesellschaft

711

712 Die Aktive Bürgergesellschaft verändert auch die Rolle der Wirtschaft in unserer Gesell-
713 schaft. Zur erfolgreichen Verwirklichung eines gesellschaftspolitischen Programms, das
714 eine ganzheitliche Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit geben will, muss
715 auch der einzelne Unternehmer seinen Beitrag leisten.

716

717 Unternehmen sind in unserer Wirtschaftsordnung nicht nur ökonomische Organisati-
718 onseinheiten, sondern von Menschen geprägte, lebendige soziale Gefüge und damit
719 Teil des Gemeinwesens. Folglich sind die Mitarbeiter und insbesondere die Führungs-
720 kräfte jedes Betriebs dem Gemeinwohl und öffentlichen Anliegen verpflichtet. Ein stabi-
721 les Gemeinwesen liegt im Eigeninteresse der Unternehmen, denn nur hier zahlen sich
722 Investitionen auf Dauer aus.

723 Wie jeder andere auch sind Unternehmer und Führungskräfte in der Wirtschaft dazu
724 aufgerufen, durch ihr persönliches Engagement Leistungen für das Gemeinwesen zu
725 erbringen. Auf keinen Fall dürfen sie sich ausschließlich als Arbeitgeber und Steuerzah-
726 ler verstehen. Ebenso wenig kann die Ausrichtung der Unternehmensziele allein auf
727 „Shareholder-Value“ als Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung akzep-
728 tiert werden. Damit schafft man keine stabile und lebendige Gesellschaft. Es ist daher
729 ein wichtiges Ziel der Aktiven Bürgergesellschaft, Führungskräfte in der Wirtschaft für
730 das Gemeinwesen, für öffentliche Belange und auch für die Politik zu mobilisieren.

731

732 Die Aktive Bürgergesellschaft bedarf einer Unternehmenskultur, in der die Unternehmer
733 ihre soziale und gesellschaftspolitische Verantwortung ernst nehmen, und in der sich
734 der Mitarbeiter nicht nur als Produktionsfaktor erfährt. Denn nur dann können sich
735 Arbeitnehmer mit ihren Unternehmen identifizieren, sind motiviert und bereit, an den
736 notwendigen Veränderungen aktiv mitzuwirken.

737

738 Von entscheidender Bedeutung für den Erfolg der Aktiven Bürgergesellschaft ist der
739 Beitrag der Eliten in allen gesellschaftlichen Gruppen. Gefordert sind deren Innovati-
740 onsgeist, soziales Engagement und Verantwortungsbewusstsein für das Gemeinwesen.
741 Dies ist für die Zukunft unserer Gesellschaft nicht weniger von Bedeutung als zukunfts-
742 trächtige Unternehmensstrategien.

743

744 Unabhängig von ihrem eigenen Engagement sollten sich Führungskräfte und Betriebs-
745 inhaber dazu aufgerufen fühlen, ihre Mitarbeiter zu bürgerschaftlichem Engagement zu

746 ermutigen und ihnen den dazu nötigen Freiraum geben. Schließlich kommen die dabei
747 erworbenen Fähigkeiten und Fertigkeiten auch dem Arbeitgeber und seinen Unterneh-
748 menszielen zugute. Die Sozialkompetenz von Mitarbeitern stellt ein bedeutendes, in
749 zunehmendem Maße auch von Personalchefs anerkanntes „Kapital“ für einen Betrieb
750 dar.

751
752 Einen besonders wichtigen Beitrag zum Gelingen des Konzepts der Aktiven Bürgerge-
753 sellschaft leisten Unternehmen, wenn sie die Lebensbedingungen von Familien ange-
754 messen berücksichtigen. Mit dem Wandel der Arbeitswelt sind weit reichende Folgen
755 für den Lebensrhythmus von Familien verbunden. In der von einer neuen Kultur der
756 Verantwortung geprägten Aktiven Bürgergesellschaft übernimmt die Wirtschaft Mit-
757 verantwortung für eine familienfreundliche Gesellschaft. Indem sie beispielsweise
758 Betriebskindergärten errichten, die gleichzeitig für den angrenzenden Wohnbezirk
759 offen stehen, oder ihre Mitarbeiter bei der Suche nach Betreuungseinrichtungen für
760 ihre Kinder unterstützen, beschreiten Unternehmen schon heute neue, innovative Wege.

761
762 Selbst in Märkten, die einem hohem Wettbewerbsdruck unterliegen, haben sich Unter-
763 nehmen in den vergangenen Jahren aktiv in den gesellschaftlichen Dialog („Corporate
764 Citizenship“) eingebracht und Verantwortung für die Lösung gesellschaftlicher Proble-
765 me übernommen. Dieses gewaltige Potenzial bürgerschaftlichen Engagements gilt es
766 verstärkt zu nutzen.

Hergestellt im Archiv für christlich-Soziale Politik des Hans-Reich-Stiftung - Weiterverbreitung ist ausdrücklich gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

767 **XII. Das Internet - Ein neues Instrument für die Aktive Bürgergesellschaft**

768

769 Nichts verändert die Welt gegenwärtig so rasch wie das Internet. Zweifelsohne wird das
770 Internet auch die politischen Meinungsbildungsprozesse und das Verhältnis des Bür-
771 gers zur Politik und zum Staat einem nachhaltigen Wandel unterwerfen. Chancen, aber
772 auch Risiken, sind dabei noch nicht abzuschätzen. Wir befinden uns in einem ununter-
773 brochenen Lernprozess.

774

775 Das Internet eröffnet den Bürgern bis vor kurzem noch undenkbare Möglichkeiten der
776 Kommunikation und des Informationsaustausches.

777 Durch den Zugriff auf Informationen aus allen Teilen der Welt wird Transparenz gerade-
778 zu erzwungen. Diktaturen werden sich künftig nicht mehr ohne weiteres nach Außen
779 hin abschotten können, aber auch in den Demokratien wird die digitale Revolution nur
780 schwer absehbare Konsequenzen für die politische Arbeit haben. Während sich einer-
781 seits die Chance bietet, Bürger in bislang ungeahntem Ausmaß in politische Entschei-
782 dungsprozesse einzubeziehen, werden die Bürger andererseits zunehmend unabhängig
783 von Parteien, Institutionen und dem Verhalten von Amtsträgern.

784 Bereits wenige Jahre nach seinem allgemeinen Durchbruch spielt das Internet eine
785 entscheidende Rolle bei der Organisation von Bürgerbewegungen und protesten. Große
786 und kleine Gruppen in der Bevölkerung, selbst Einzelpersonen, sind heute im Stande
787 Informationen schnell und kostengünstig weltweit zu verbreiten und damit die öffentli-
788 che Meinungsbildung zu beeinflussen. Die Politik muss sich dieser ungeahnten Heraus-
789 forderung stellen.

790

791 Das Internet ist ein ideales Medium, um Bürger - insbesondere auch in Flächenstaaten
792 und dünn besiedelten Regionen - umfassend zu informieren und in einen für beide
793 Seiten Gewinn bringenden Dialog einzubeziehen. Es eröffnet jedem die Chance, ohne
794 großen Zeitaufwand und unabhängig von seinem Standort die eigene Meinung und
795 eigene Kompetenzen einzubringen.

796 Ungeachtet all ihrer Möglichkeiten ist die Kommunikation über das Internet jedoch kein
797 Ersatz für politisches Engagement. Auch weiterhin werden sich Menschen in Parteien
798 oder anderen Gruppierungen zusammenfinden, um gemeinsam Verantwortung zu
799 übernehmen. Auch wenn die Parteien in ihrer Arbeitsweise nachhaltig von den neuen
800 Kommunikationsmöglichkeiten beeinflusst werden, wäre eine Verengung der politi-
801 schen Meinungsbildung auf das Internet verhängnisvoll. Es ist eine notwendige und
802 begrüßenswerte Ergänzung zu anderen Formen politischer Kommunikation. Ohne Zwei-

803 fel können mit dem Internet viele Gruppen für politische Mitwirkung erreicht werden,
804 die auf herkömmlichem Wege nicht gewonnen werden könnten. Diese Chance gilt es zu
805 nutzen.

806
807 Gerade die junge Generation besitzt in hohem Maße Kompetenz im Umgang mit dem
808 Internet und beschafft sich Informationen weit häufiger über das "World-Wide-Web" als
809 über andere Medien. Die veränderte Mediennutzung sollten Parteien, Organisationen
810 und Kommunen nutzen, um mit den Menschen in Kontakt zu treten und Interesse am
811 Gemeinschaftslebens zu wecken und zu vertiefen. Für das Konzept der Aktiven Bürger-
812 gesellschaft ist das Internet ein hervorragend geeignetes Medium, da es sowohl auf
813 lokaler Ebene als auch global neue Dimensionen des Informationsaustauschs, der Mei-
814 nungsbildung, der Kooperation und der Organisation eröffnet.

815
816 Schon aus Gründen der sozialen Verantwortung von Gesellschaft und Politik darf keine
817 „digitale“ Kluft zwischen den Meinungsführern mit Netzzugang und den Menschen, die
818 noch nicht „online“ sind, entstehen. Denn ohne Zweifel kann gerade der Netzzugang
819 sozial Benachteiligten außerordentliche Entwicklungschancen bieten. Es bedarf des
820 zügigen Aufbaus einer entsprechenden Infrastruktur, um möglichst vielen Menschen
821 diese Chance zu geben.

822
823 Im Laufe einer rasanten Fortentwicklung sind im Internet aber auch rechtsfreie Räume
824 entstanden, die oft missbräuchlich genutzt werden. Um den daraus möglicherweise
825 entstehenden Gefährdungen zu wehren, müssen wir ein moralisch fundiertes Verant-
826 wortungsbewusstsein im Gebrauch von Medien entwickeln und allgemein durchsetzen.
827 Ein möglicher Ausgangspunkt ist dabei die Schule, die neben dem rein technischen
828 Aspekt auch den verantwortungsvollen Umgang mit dem neuen Medium vermitteln
829 muss.

830

831

832 XIII. Orientierung für unser Handeln

833

834 Die Ziele der Aktiven Bürgergesellschaft folgen keinem Schema. Sie sind vielmehr Ori-
835 entierung und Maßstab für politisches Handeln und Entscheidungen.

836

837 1. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, die ihr Zusammenleben soweit wie möglich selbst
838 gestaltet. Eigeninitiative und Selbstorganisation gesellschaftlicher Gruppen haben
839 Vorrang.

840

841 2. Der Staat soll sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren: Schaffung einer wirk-
842 samen Rechtsordnung und verlässlicher Rahmenbedingungen für die Wirtschaft;
843 sozialer Ausgleich durch Solidarität der Starken mit den Schwachen; Gewährlei-
844 tung der Chancengerechtigkeit und adäquater Möglichkeiten zur demokratischen
845 Mitgestaltung.

846

847 3. Für uns sind die Stärkung der kleinen Einheit, des überschaubaren Lebensumfeldes
848 – Familie, Vereine – und die Förderung des Gemeinschaftslebens von zentraler Be-
849 deutung.

850

851 4. Grundlage aller Strukturentscheidungen ist die konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips in sämtlichen Lebensbereichen und Politikfeldern. Dementsprechend halten wir eine grundlegende Neuordnung der Aufgabenverteilung zwischen den staatlichen Ebenen – Kommunen, Ländern, Bund, Europa – für dringend notwendig.

856

857 5. Wir brauchen in allen Lebensbereichen einen Wettbewerb der Ideen und Initiativen.
858 Nur auf diesem Wege können sich das kreative und aktive Potenzial unseres Landes
859 voll entfalten und die möglichen Problemlösungen entwickelt werden.

860

861 6. Das Prinzip „Nachhaltigkeit“ verlangt gelebte Verantwortung gegenüber unseren
862 Nachkommen. Sie gehören zur Solidargemeinschaft der Aktiven Bürgergesellschaft.

863

864 Wir wollen Entscheidungen und Maßnahmen, die unser Zusammenleben und die Ges-
865 taltung unserer Gesellschaft betreffen, an den Zielen und Maßstäben der Aktiven Bür-
866 gergesellschaft messen und auf ihre Vereinbarkeit damit prüfen.

867 Der gemeinsamen Orientierung an den Prinzipien der Aktiven Bürgergesellschaft die-
868 nen die folgenden Fragen:

869

870 1. *Ist das Vorhaben (die Maßnahme, das Projekt, die Aufgabe) ein Beitrag zur Steige-*
871 *rung der Leistungsfähigkeit, der Lebendigkeit und der Solidarität unserer Gemein-*
872 *schaft und unseres Landes?*

873

874 2. *Ist das Vorhaben eine staatliche Aufgabe oder gehört es in den nichtstaatlichen Be-*
875 *reich?*

876

877 3. *Trägt das Vorhaben dem Prinzip „Vorrang der Eigenverantwortung - Hilfe zur Selbsthil-*
878 *fe“ Rechnung?*

879

880 4. *Sind Hilfeleistungen des Staates oder seitens der Solidargemeinschaft notwendig, weil*
881 *der Einzelne dies nicht oder nur begrenzt leisten kann?*
882 *Wird Solidarität zu Recht gefordert?*

883

884 5. *Fördert die geplante Maßnahme den notwendigen Einstellungswandel im Sinne der*
885 *Aktiven Bürgergesellschaft?*

886

887 6. *Verändert das Vorhaben die Rahmenbedingungen so, dass das Verhalten der Men-*
888 *schen durch Anreize oder Sanktionen in die gewünschte Richtung gelenkt wird?*

889

890 • *Fördert oder hemmt die Maßnahme die Eigeninitiative?*

891 • *Lässt das Vorhaben einen Missbrauch von Solidarität befürchten?*

892

893 7. *Kann vom Leistungsempfänger eine Gegenleistung für das Gemeinwohl erwartet*
894 *werden?*

895

896 8. *Entspricht das Vorhaben dem Geist der Subsidiarität (des Föderalismus/der Dezentra-*
897 *lisierung)?*

898

899 9. *Wird mit dem Vorhaben gemäß dem gesellschaftspolitischen Konzept der Aktiven*
900 *Bürgergesellschaft "die kleine Einheit" gestärkt?*

901

902 10. *Wird das Vorhaben dem Prinzip Nachhaltigkeit gerecht?*

Hergestellt im Archiv für Christlich-Sozial-Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Aktive Bürgergesellschaft im Überblick

903
904
905
906
907
908
909
910
911
912
913
914
915
916
917
918
919
920
921
922
923
924
925
926
927
928
929
930
931
932
933
934
935
936
937

Das Konzept der Aktiven Bürgergesellschaft ist weitaus mehr als ein Programm, das verstärktes bürgerschaftliches Engagement einfordert. Es handelt sich vielmehr um einen umfassenden gesellschaftspolitischen Entwurf, in dessen Kern es darum geht, den Einzelnen wieder zu mehr Verantwortungsübernahme für sich selbst und für die Gemeinschaft zu motivieren. Dieses Konzept hat für alle Lebensbereiche Konsequenzen - für den Einzelnen ebenso wie für die Aufgaben und die Strukturen in Gesellschaft und Staat. Hier liegt der entscheidende Unterschied zu anderen Überlegungen Bürgergesellschaft betreffend, die sich in der Regel lediglich auf ergänzende Aktivitäten im bestehenden Rahmen beschränken.

Gesellschaftspolitische Konzepte werden entscheidend vom jeweiligen Menschenbild geprägt:

Fundament unseres Denkens und Handelns ist das Menschenbild der christlich-abendländischen Wertetradition.

Daraus entwickeln wir das Programm einer neuen „Kultur der Verantwortung“.

Appelle an den Einzelnen bewirken wenig, wenn die realen Lebens- und Rahmenbedingungen greifbaren Zielen entgegenstehen. Deshalb wollen wir mit der Aktiven Bürgergesellschaft Rahmenbedingungen gestalten, die den Menschen bei der Entfaltung ihrer verschiedensten Fähigkeiten größtmöglichen Raum bieten, und gleichzeitig Begrenzungen und Orientierung für die Gestaltung des Zusammenlebens vorgeben, wo dies notwendig erscheint.

Von entscheidender Bedeutung ist die konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips in allen Strukturfragen der Gesellschaft und des Staates. Nur so lassen sich Probleme so bürger- und problemnah wie möglich bewältigen und eine eindeutige Zuordnung von Entscheidung und Verantwortung gewährleisten. Die Aktive Bürgergesellschaft bietet dem einzelnen Bürger ein Höchstmaß an Beteiligungsmöglichkeiten und strebt nach Chancengerechtigkeit für die unterschiedlichsten Begabungen und Lebensmöglichkeiten.

Als wertefundierte Grundlage des Zusammenlebens umspannt das Konzept der Aktiven Bürgergesellschaft alle zentralen Handlungsfelder unserer Gesellschaft. Es findet beim Staat, beim Bürger und in der Politik ebenso Anwendung wie auf allen Ebenen der

Hergestellt im Archiv der Christlich-Sozialen Politischen Bewegung - Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

938 Verwaltung oder der Wirtschaft - überall dort, wo es gilt, das Prinzip der Verantwortung
939 im Alltag umzusetzen.

940 Die Aktive Bürgergesellschaft braucht den handlungsfähigen Staat, der Rahmenbedin-
941 gungen setzt und Initiative unterstützt. Dieses Konzept impliziert we- der einen schwa-
942 chen Staat noch hat es eine Demontage des Sozialstaats mit einer einseitigen Ausrich-
943 tung auf die Starken zur Folge.

944

945 Aktive Bürgergesellschaft bedeutet gelebte Solidarität nach dem Prinzip der Gegensei-
946 tigkeit, zum Nutzen aller. Angestrebt wird ein neuer Gesellschaftsvertrag auf der Basis
947 von Freiwilligkeit und Verantwortlichkeit, der überall dort gilt, wo Menschen zusammen-
948 leben: in der Familie, der Nachbarschaft, Dörfern und Städten, in den Kindergärten und
949 Schulen, in den Vereinen und Initiativen.

950 Aktive Bürgergesellschaft stützt sich in besonderer Weise auf die Familie. Die Familie ist
951 die Urzelle der Gemeinschaft. Sie fördert die Persönlichkeitsentwicklung und begründet
952 Lebenschancen der Menschen. Familie, definiert als Ort, in dem der Mensch sein Leben
953 lang beheimatet ist - und zwar unabhängig von anderen, etwa geographischen, ethi-
954 schen oder weltanschaulichen Heimatbegriffen - ist ein wichtiges Element der Aktiven
955 Bürgergesellschaft.

956

957 Aktive Bürgergesellschaft geht einher mit einer neuen Arbeits- und Aufgabenverteilung
958 zwischen Staat, Bürgern und freien gesellschaftlichen Gruppen. Nicht im Gegeneinander
959 von Staat und Bürger bzw. bürgerschaftlichem Engagement, sondern im arbeitsteiligen,
960 ergänzenden Miteinander liegt der Schlüssel zum Erfolg.

961 Mit dem Prinzip Eigenständigkeit belebt die Aktive Bürgergesellschaft den demokrati-
962 schen Verfassungsstaat. Sie befördert vielfältige, offene Netzwerke, deren gemeinsame
963 Grundlagen der Vorrang der Eigenverantwortung, bürgerschaftliches Engagement und
964 der Vorrang der kleineren Einheit sind.

965

966 Der Terminus „Aktive Bürgergesellschaft“ wurde bewußt gewählt. Schließlich geht es in
967 allen Teilbereichen darum, Menschen zu aktivieren - durch die Förderung von Eigenini-
968 tiative und gesellschaftlichem Engagement.

969 Engagement ist eines der wichtigsten Fundamente der Aktiven Bürgergesellschaft.
970 Unter diesem Begriff summieren sich die vielfältigen Leistungen, die in unserer Gesell-
971 schaft in unterschiedlichsten Teilbereichen erbracht werden.

972 Hinter dem Konzept der Aktiven Bürgergesellschaft verbirgt sich zwar weitaus mehr als
973 Bürgerschaftliches Engagement. Aber ohne das Engagement der Bürger von unten
974 verliert das Theoriekonzept sein Fundament.